

Damit NRW Industriestandort bleibt!

Wirtschaftliche Vernunft

Noch hat unser Land eine solide Industrie und einen erfolgreichen, innovativen Mittelstand. Aber die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Unsere öffentliche Infrastruktur ist in einer Verfassung. Kaum ein Zug fährt pünktlich, als Kassenpatient wartet man Monate auf einen Facharzttermin, Zigtausende Lehrer, Kitaplätze und Wohnungen fehlen. Marode Straßen und Brücken, Funklöcher und langsames Internet, überforderte Verwaltungen und unnütze Vorschriften machen gerade kleinen und mittelgroßen Unternehmen das Leben schwer. Das deutsche Schulsystem mit 16 unterschiedlichen Lehrplänen und frühzeitiger Selektion verweigert Kindern aus weniger begüterten Familien Bildungs- und Lebenschancen und versagt zugleich vor der Aufgabe, die von der Wirtschaft dringend benötigten Fachkräfte auszubilden. Seit durch die Russlandsanktionen und vermeintliche Klimapolitik auch noch Energie schlagartig teurer wurde, droht unserem Land der Verlust wichtiger Industrien und hunderttausender gutbezahlter Arbeitsplätze.

Marktbeherrschende Großunternehmen, Finanzkonzerne wie BlackRock und Digitalmonopolisten wie Amazon beeinflussen den Wettbewerb und die Demokratie negativ. Ein Teil der Inflation folgt aus dieser Machtkonzentration.

Wir fordern eine innovative Wirtschaft mit fairem Wettbewerb, wo Arbeitsplätze sicher und gutbezahlt sind. Eine starke Industrie sowie eine ein gerechtes Steuersystem und starkem Mittelstand. Zusätzlich soll die Marktmacht begrenzt, Konzerne entflechtet und unvermeidliche Monopole gemeinnützig organisiert werden. Das Ziel lautet der Erhalt der Industrie und wieder mehr Zukunftstechnologien.

Für die Verhinderung eines wirtschaftlichen, sind Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Verwaltung sowie die gezielte Förderung heimischer Innovationen notwendig statt hoher Subventionen für ausländische Konzerne. Deutschland als exportorientiertes und rohstoffarmes Land benötigt stabile Handelsbeziehungen, die eine verlässliche Rohstoffversorgung und bezahlbare Energie sicherstellt.

Der Klimawandel und die Umweltzerstörung erfordern politisches Handeln. Dennoch ist eine alleinige Energieversorgung durch erneuerbare Energien ist in Deutschland derzeit technologisch nicht realisierbar. Statt unüberlegten Aktivismus sollte der Schwerpunkt auf der Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft liegen

Soziale Gerechtigkeit

Seit Jahren wächst in unserem Land die Ungleichheit. Viele Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig tragen sie maßgeblich zum Steueraufkommen bei, erleben allerdings steigende Unsicherheit und finanzieller Belastung. Auch bei einer Vollzeitbeschäftigung reicht das Einkommen kaum aus, während soziale Aufstiegschancen sinken und Vermögen stark konzentriert sind. Währenddessen erhalten Konzerne hohe Gewinne und immer mehr Menschen sind auf Unterstützung angewiesen.

Auch wer jahrelang gearbeitet und in die Sozialversicherung eingezahlt hat, wird schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wie ein Bittsteller behandelt. Viele Renten sind zu niedrig, um den Lebensabend zu sichern. Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten.

Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit sozialer Sicherheit und echte Chancengleichheit. Es benötigt qualifizierte und motivierte Beschäftigte, die durch gerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen die Wirtschaft leistungsfähig machen.

Zudem fordern wir ein gerechtes Steuersystem, welches Geringverdiener entlastet und hohes Vermögen angemessen versteuert. Wohlstand selbst, sollte das Ergebnis eigener Leistung sein, unabhängig von sozialer Herkunft.



Landesvorstand BSW NRW mit den Vorsitzenden Amid Rabien und Andrej Hunko (Mitte)

Frieden

Unsere Außenpolitik steht in der Tradition des Bundeskanzlers Willy Brandt und des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, die dem Denken und Handeln in der Logik des Kalten Krieges eine Politik der Entspannung, des Interessenausgleichs und der internationalen Zusammenarbeit entgegengesetzt haben. Die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wehren uns dagegen, dass immer mehr Ressourcen in Waffen und Kriegsgerät fließen, statt in Bildung und Soziales. Atomare Aufrüstung und eskalierende Konflikte zwischen den Atommächten setzen das Überleben der Menschheit aufs Spiel und müssen beendet werden. Wir streben eine neue Ära der Entspannung und neue Verträge über Abrüstung und gemeinsame Sicherheit an. Die Bundeswehr hat den Auftrag, unser Land zu verteidigen. Für diese Aufgabe muss sie angemessen ausgerüstet sein.

Den Einsatz deutscher Soldaten in internationalen Kriegen lehnen wir ebenso ab wie ihre Stationierung an der russischen Grenze oder im Südchinesischen Meer. Eine Militärallianz, deren Führungsmacht in den zurückliegenden Jahren fünf Länder völkerrechtswidrig überfallen und in diesen Kriegen mehr als 1 Million Menschen getötet hat, schürt Bedrohungsgefühle und Abwehrreaktionen und trägt so zu globaler Instabilität bei. Statt eines Machtinstruments für geopolitische Ziele brauchen wir ein defensiv ausgerichtetes Verteidigungsbündnis, das die Grundsätze der UN-Charta achtet, Abrüstung anstrebt, statt zu Aufrüstung zu verpflichten, und in dem sich die Mitglieder auf Augenhöhe begegnen. Europa benötigt eine stabile Sicherheitsarchitektur, die längerfristig auch Russland einschließen sollte.

Unser Ziel ist ein eigenständiges Europa souveräner Demokratien in einer multipolaren Welt und keine neue Blockkonfrontation, in der Europa zwischen den USA und dem sich immer selbstbewusster formierenden neuen Machtblock um China und Russland zerrieben wird.

Freiheit

Wir wollen die demokratische Willensbildung wiederbeleben, demokratische Mitbestimmung ausweiten und persönliche Freiheit schützen. Rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen wir ab. Cancel Culture, Konformitätsdruck und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind unvereinbar mit den Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Wir verurteilen Versuche zur umfassenden Überwachung und Manipulation der Menschen durch Konzerne, Geheimdienste und Regierungen.

Zuwanderung und das Miteinander unterschiedlicher Kulturen können eine Bereicherung sein. Das gilt aber nur, solange der Zuzug auf eine Größenordnung begrenzt bleibt, die unser Land und seine Infrastruktur nicht überfordert, und sofern Integration aktiv gefördert wird und gelingt. Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wird, hat Anspruch auf Asyl.

Aber Migration ist nicht die Lösung für das Problem der Armut auf unserer Welt. Stattdessen brauchen wir faire Weltwirtschaftsbeziehungen und eine Politik, die sich um mehr Perspektiven in den Heimatländern bemüht.

Wir setzen dem unsere Ideen von Gemeinsinn, Verantwortung und Miteinander entgegen, denen wir durch Veränderung der Machtverhältnisse wieder eine Chance geben möchten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten.

NRW gemeinsam verändern

JETZT ANMELDEN!

INFORMIERT
BLEIBEN



BSW KENNEN-
LERNEN



MITGLIED
WERDEN



✉ info@nw.bsw-vg.de

🎵 [tiktok.com/@bsw_nrw](https://www.tiktok.com/@bsw_nrw)

📘 [facebook.com/bsw.nordrhein.westfalen](https://www.facebook.com/bsw.nordrhein.westfalen)

🌐 https://x.com/bsw_vg_nrw